ZEIT ONLINE

Energiegesetz

Ideologie aus der Steckdose

Am 21. Mai entscheidet die Schweiz über ein neues Energiegesetz. Warum die Vorlage plötzlich derart heftige Emotionen weckt.

Von **Matthias Daum**

15. Mai 2017, 6:00 Uhr / 2 Kommentare

AUS DER ZEIT NR. 20/2017 [http://www.zeit.de/2017/20?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zech&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zech]

Aus den Fragen, wie viel Strom aus unseren Steckdosen fließt und wie dieser produziert werden soll, ist ein ideologischer Streit geworden.
© Jochen Schievink

Ihre Gegner gaben auf, bevor der Abstimmungskampf überhaupt richtig begonnen hatte. Sie wussten: Gegen sie, gegen Doris Leuthard [http://www.zeit.de/2012/37/CH-Leuthard] und ihren Monster-Kompromiss, können sie nicht gewinnen. Zu viele Kritiker hatte die Bundesrätin auf ihre Seite gezogen, zu vielen versprochen, dass auch sie von diesem neuen Gesetz profitieren würden – und als die SVP nur mit Ach und Krach die 50.000 Unterschriften für das Referendum zusammenbrachte, da war endgültig klar: Gegen die Energiestrategie 2050 ist jeglicher Widerstand zwecklos.

Das Energiegesetz, wie die Vorlage offiziell heißt, über welche die Schweizer am 21. Mai entscheiden, ist das politische Vermächtnis der CVP-Magistratin. Es

trägt zwar nicht ihren Namen, ist auch kein großer Wurf, aber es wird das Land und das Leben seiner Bewohner in den nächsten Jahren und Jahrzehnten prägen.

Die 77 Gesetzesartikel sind ein gigantisches Versprechen: Die Schweizer sollen künftig weniger Energie verbrauchen, ohne dabei ihren Lebenswandel zu ändern. Sie sollen weniger abhängig von fossilen Energien aus dem Ausland sein, dafür auf mehr erneuerbare Energien zurückgreifen können – und weil dieser Strom "made in Switzerland" sein wird, entstehen unzählige neue Jobs.

Das Klima schützen und aus der Atomenergie aussteigen – ohne allzu viel dafür zu bezahlen.

Damit dies gelingt, will Doris Leuthard, will der Bundesrat die Energiebranche mit einem ganzen Instrumenten-Set steuern und neu ausrichten. (Wie das genau funktioniert, steht im Glossar *Darum geht es* [http://www.zeit.de/2017/20/klimaschutz-atomenergie-ausstieg-co2-eneuerbare-energien] von Aline Wanner)

[https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2017/20]

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 20/2017. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen. [https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2017/20]

Aber heute, zehn Tage vor der Abstimmung, geht es Befürwortern wie Gegnern um viel mehr als nur um Abgaben und Subventionen, deren langfristige Wirkung nicht einmal Energieexperten durchschauen.

Dem großen Versprechen steht eine apokalyptische Warnung gegenüber. Der Schweiz drohten Stromausfälle, ihren Bürgern eine staatlich verordnete "Austeritätspolitik des Energiesparens". Mehr noch: Das Energiegesetz sei "ein Angriff auf unsere liberale Wirtschaftsordnung, wie er in der Schweiz noch nie vorgekommen ist".

Aus den Fragen, wie viel Strom aus unseren Steckdosen fließt und wie dieser produziert werden soll, ist ein ideologischer Streit geworden.

Im Kern geht es darum, ob und wie stark die Politik in den Energiemarkt eingreifen soll.

Es geht um die Freiheit.

In wenigen Wochen fiel, was in der Schweiz sonst Jahre dauert: ein Grundsatzentscheid

Es war der 14. März 2011, nur drei Tage nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima, als Doris Leuthard die Energiepolitik der Schweiz in eine völlig neue Richtung lenkte. Sie teilte mit, man werde die Baugesuche für

drei neue Atomkraftwerke nicht weiter verfolgen. Kurz drauf, am 25. Mai, verkündete die CVP-Politikerin im Namen des Bundesrats: Die Schweiz steigt aus der Atomenergie aus. Schrittweise bis 2050.

"Jetzt ist die Zeit der erneuerbaren Energien"

Ursprünglich wollte die Energiestrategie 2050 zwei große Probleme lösen: Klimawandel und die Abschaltung alter AKWs. © Jochen Schievink

Ausgerechnet eine Aargauerin, die früher Verwaltungsrätin der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg und Vorstandsmitglied des Nuklearforums gewesen war. Sie, die als glühende Anhängerin der Atomkraft galt – wobei, in den Archiven sucht man vergeblich nach begeisterten AKW-Voten –, Doris Leuthard also sagte: "Die Zeit für neue AKWs ist abgelaufen. Jetzt ist die Zeit der erneuerbaren Energien."

Ruckzuck und in wenigen Wochen fiel, wofür das träge politische System der Schweiz normalerweise Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte braucht: ein Grundsatzentscheid. Sein Ziel war ebenso klar wie radikal, er sollte die Energiepolitik des Landes umkrempeln. Alle waren sich einig: Wenn eine diesen Hosenlupf schafft, dann ist es Doris Leuthard, die Erneuerbare, die stets das Machbare über die eigene Gesinnung stellt.

Ihr liebstes Mittel ist der runde Tisch. Anstatt alle Betroffenen, alle Interessenvertreter, Freund wie Feind, einzeln zu empfangen, setzt Leuthard alle zusammen. Sie will erkennen, was der kleinste gemeinsame Nenner ihrer Gäste ist, sie will verstehen, was zu tun ist, damit sie eine Mehrheit auf ihre Seite kriegt. Am Schluss aber entscheidet nur eine – und das ist: sie.

So ging die Bundesrätin auch bei der Energiestrategie vor. In einer jahrelangen Roadshow zog sie durchs Land und erklärte, wie die Schweiz es schaffen wird. Diese Wende, weg vom Atom, von den Fossilen, hin zu Wasser, Sonne und Wind, zu den Erneuerbaren.

Allein das Großprojekt existierte bloß auf dem Papier, in den unzähligen Berichten, in denen unzählige Experten errechneten, ob und wie die Wende möglich ist. Berechnungen, die sich alle um die eine Frage drehten: Wie kann

man die 22 Terawattstunden (TWh) ersetzen, welche die fünf Schweizer Atomkraftwerke jährlich produzieren? Immer unter der Voraussetzung, dass sich eine Investition ökonomisch lohnt, dass die Anlagen die Landschaft nicht verschandeln und die Bevölkerung mitzieht.

Die Wasserkraft könnte man bis 2050 um eine Leistung von zwei bis vier TWh ausbauen, schätzte der eher konservativ rechnende Energie Trialog Schweiz, ein Gremium, in dem Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsvertreter sitzen.

Aus neu installierten Solaranlagen könnten in den kommenden Jahrzehnten schließlich acht bis zwölf TWh zusätzlich ins Netz fließen. Neue Windturbinen könnten ihrerseits zwei bis drei TWh beitragen.

Die Zahlen des Bundesamt für Energie sind etwas optimistischer, ebenso die Schätzungen der einzelnen Branchenverbände. Trotzdem: Das reicht nicht. Deshalb setzen Leuthard und ihre Verwaltung darauf, die vorhandene Energie effizienter zu nutzen. Mit intelligenten Stromzählern will die Ministerin die Verbrauchsspitzen kappen, und sie setzt auf den technischen Fortschritt, auf neue Geräte, die bei selber Leistung weniger Strom aus der Dose ziehen.

Unterm Strich soll bis 2035 jeder Einwohner 43 Prozent weniger Energie brauchen und der Stromverbrauch um 13 Prozent sinken.

Viele Zahlen, viele Experten – und ein Ziel, das in ferner Zukunft liegt. Diese Taktik ging lange gut, die Energiestrategie galt als Selbstläuferin.

Doris Leuthard gelang es sogar, die Wirtschaft zu spalten. Economiesuisse konnte sich auf keine Parole einigen und beschloss Stimmfreigabe. Dafür ist der Gewerbeverband im Ja-Lager, dessen Mitglieder mit Haussanierungen gutes Geld machen. Oder die großen Stromkonzerne, die zwar ihre alten, längst abgeschriebenen AKW-Meiler bald abschalten müssen, aber zurzeit vor allem an ihren großen Wasserkraftwerken leiden, die ihnen nur Verluste bringen. Deshalb sollen sie während fünf Jahren einen zusätzlichen Batzen pro Kilowattstunde erhalten.

Doris Leuthard machte die Energiewende zur Glaubensfrage

Gegen die Energiewende ist die Metall- und Maschinenindustrie, die sich vor höheren Strompreisen und Versorgungslücken fürchtet. Doch auch hier scheren einige prominenten Mitgliederfirmen aus, so unterstützt ABB-Chef Remo Lütolf die Vorlage.

Trotzdem ist die Sache nicht so klar wie noch vor ein paar Monaten. Die ersten Umfragen zeigen: Die Unterstützung für das Energiegesetz ist weniger groß als erwartet, sie liegt bei 55 Prozent. Ein mäßiger Wert für eine Behördenvorlage.

Es rächt sich, was der Ökonom Hans Rentsch bissig einen "Populismus der Mitte" nennt. Bundesrätin Leuthard ging es nie allein um Zahlen, sondern

immer auch um Emotionen, um ein Wir-schaffen-das. Oder wie sie selber vor einigen Jahren in einem Gastkommentar in der *Neuen Zürcher Zeitung* schrieb: "Wir müssen nur wollen, dann dürfen wir auch können!"

Die Energieministerin machte die Wende zu einer Glaubensfrage – und genau davon profitieren nun ihre Gegner.

Sie realisierten: Mit harten Fakten ist diesem Kompromiss nicht beizukommen, wir müssen die Gefühle ansprechen. Also warnt das Nein-Komitee, bald müsse eine Familie jährlich 3.200 Franken für ihren Strom bezahlen; der Bundesrat rechnet mit um 40 Franken höheren Kosten als heute. Bald dürfe man nur noch ein Mal im Monat Wäsche waschen, würden S-Bahnen wegen Strommangel ausfallen – und duschen, das sei nur noch mit kaltem Wasser erlaubt.

Der Streit um die Steckdose wird zu einem Kampf um die persönliche Freiheit.

Selten wurde in einem Abstimmungskampf so offensichtlich gelogen und geflunkert. Auch von den Befürwortern. Sie behaupten, mit der Energiewende bleibe mehr Geld in der Schweiz. Nur, wer heute Windturbinen kauft, tut dies in Dänemark. Wer sich Solarzellen aufs Dach montieren lässt, liest auf der Verpackung "made in China". Ein Jobwunder bringt dieses Gesetz nicht.

Ursprünglich wollte die Energiestrategie 2050 zwei große Probleme lösen

Selten auch wurden so viele Anliegen in eine einzige Vorlage gepackt, die nur am Rande miteinander zu tun haben.

Ursprünglich wollte die Energiestrategie 2050 zwei große Probleme lösen. Das eine hat die ganze Welt, das andere nur die Schweiz. Die eine leidet am Klimawandel, weil der Mensch immer mehr CO_2 ausstößt. Die andere hat alte AKWs, die irgendwann vom Netz gehen müssen, weil ihr Betrieb zu gefährlich wird und niemand sie ersetzen will, weil sich das wirtschaftlich nicht lohnt.

Eine Energiestrategie, kühl kalkuliert, hätte immer diese beiden Ziele im Blick.

Das revidierte Energiegesetz aber will en passant zusätzlich die Not leidende Wasserkraft retten, die ein Opfer des – aus unterschiedlichen Gründen – implodierten Strommarktes wurde. Es will Hausbesitzer mit Steuerabzügen und finanziellen Zustüpfen dazu bringen, ihre Liegenschaften besser zu isolieren. Es lässt Bauherren die Abbruchkosten für ihre alte Liegenschaft von den Steuern abziehen, wenn sie einen energiesparenden Ersatz hinstellen; was die Baubranche freut. Es ist, wie die linke *WoZ* treffend schrieb, ein "ökologisches Investitionsprogramm" – nichts mehr und nichts weniger.

Nur haben die Wendegegner keine besseren Vorschläge parat.

Sie reden von neuen, sicheren, effizienten AKW-Typen, wohl wissend, dass diese noch nicht einmal die Testphase abgeschlossen haben. Sie kämpfen gegen Subventionen, gegen die Einspeisevergütung und Anschubhilfen, verschweigen aber, dass diese mit dem neuen Gesetz ein Ablaufdatum erhalten; bleibt alles beim Alten, fließt auch das Staatsgeld weiter und weiter: "Die Gegner haben sich in eine ordnungspolitische Dogmatik verbissen, die mit den leidenschaftlich vorgetragenen liberalen Grundsätzen zwar gut tönt, aber nichts zur Lösung beiträgt." Das schrieb die *NZZ*, bevor sie selber zum Dogma-Opfer wurde und ihre Redaktion auf Befehl des Chefredakteurs fortan die Nein-Parole vertreten musste, anstatt ihrem ursprünglichen Gedanken zu folgen: Das Gesetz sei eine Sünde, die aber begangen werden müsse, "um sie möglichst rasch ungeschehen machen zu können".

Völlig unter geht in den Kaltduscher-Warnungen auf der einen und dem Mantra vom pragmatischen Kompromiss auf der anderen Seite, wie wenig das neue Energiegesetz eigentlich dem bringt, das es zu schützen vorgibt – dem Klima. Klar, da ist die Kleinheit des Landes, das allein keinen Gletscher vor dem Abschmelzen retten kann, und da ist der Schweizer Strommix, der bereits heute überdurchschnittlich klimafreundlich ist, selbst wenn man die CO_2-Bilanz des Urans mitrechnet, das in den AKWs gespalten wird.

Aber auch bei einem Ja am 21. Mai würde die Schweiz weiterhin 75 Prozent ihrer Energie importieren, die meiste in Form von Erdöl und Erdgas.

Wie und durch was das Land diese Power ersetzen soll, darauf weiß das neue Energiegesetz keine Antwort. Ein Isolierprogramm für Hauseigentümer, eine Abbruchprämie für Altliegenschaften reichen sicher nicht. Denn während für das Heizen im Winter und in der Industrie heute immer weniger fossile Brennstoffe verbraucht werden als noch 1990, Häuser und Fabriken also immer weniger Treibhausgase in die Atmosphäre blasen, trägt der wachsende Verkehr in der Schweiz immer stärker zur Erderwärmung bei. Heute stößt er vier Prozent mehr CO_2 aus als vor einem Vierteljahrhundert.

Um dies zu ändern, braucht es mehr als die Methode Leuthard.

Mehr als ein paar runde Tische, mehr als einen großen Kompromiss, mehr als noch mehr Geld für alle – und mehr als ein Verbot für eine Technik, deren Risiken sowieso niemand mehr tragen will und kann.

Es braucht eine richtige Wende.

Doris Leuthard wird dann sicher nicht mehr Bundesrätin sein.